



Kontakt auf Augenhöhe: Familie Hussein und Dorothea Hamacher (zweite von rechts). Foto: Barbara Helfrich

# Zuflucht in Nordhessen

Der Verein Mach-Mit hat in Gudensberg ein Netzwerk für 110 Neubürger\_innen geknüpft, die überwiegend aus Syrien, dem Irak und Afghanistan gekommen sind.

Früher, sagt Mohammed Reza Hussein, habe er sich stets eine Karte mit seinem Namen und seinem Foto an einem Band um den Hals gehängt, wenn er aus dem Haus ging. Damit seine Eltern ihn identifizieren könnten, sollte eine Bombe ihn zerfetzen. Heute dagegen könne er sich ohne Angst auf die Straße trauen. Dort sei „Kopf abschneiden“ an der Tagesordnung, hier sei er „endlich glücklich“. Früher und dort war die Provinzhauptstadt Herat in Afghanistan, heute und hier ist Gudensberg, Kleinstadt im Schwalm-Eder-Kreis, Fachwerkhäuser zwischen nordhessischen Hügeln, überthront von einer Burgruine. „Ich habe so viele Ideen im Kopf, hier kann ich einfach machen“, sagt der 17-Jährige, der schon fast fließend deutsch spricht. „Ich habe in Deutschland ein neues Leben“, fügt er noch hinzu und es klingt nicht wie eine Phrase aus dem Deutschbuch.

Kurz nach Weihnachten 2015 sind Mohammed Reza, seine Mutter Jamila

und sein Vater Egbal nach Deutschland gekommen. München und Gießen waren Übergangsstationen nach der langen Flucht über die Balkanroute. Ziemlich genau ein Jahr später ist Elena geboren, Mohammed Rezas kleine Schwester. „Das vierte Baby in einem Jahr“, sagt Dorothea Hamacher und zählt die Namen der anderen Kinder auf, die in den sechs Familien geboren wurden, die in Gudensberg Zuflucht gefunden haben. Dorothea Hamacher ist aktiv im Verein Mach-Mit e.V., der die 110 Geflüchteten unterstützt, die in der Kleinstadt inzwischen leben, teilweise in Wohnungen, teilweise in einer Gemeinschaftsunterkunft. Gegründet wurde die Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen schon 2011, um praktische Nachbarschaftshilfe auf die Beine zu stellen. Inzwischen helfen rund 80 Ehrenamtliche, damit sich die Neubürger aus Syrien, dem Irak und aus Afghanistan in Gudensberg zu rechtfinden. „Das ist unsere größte

und wichtigste Aufgabe“, sagt der Vereinsvorsitzende Jochem Hamacher.

Ein Baustein ist dabei das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Tandems zwischen Einheimischen und Geflüchteten fördert. „Aber wir sagen nicht Paten, sondern Lotsen“, betont Dorothea Hamacher: „So haben wir das schon vor dem Programm genannt und Lotsen klingt für uns mehr nach einer Begegnung auf Augenhöhe.“ Auch stehe für den Verein Mach-Mit nicht nur der Eins-zu-eins-Kontakt im Fokus, sondern auch die Arbeit im Netzwerk. Mit dem Geld aus dem Patenschaftsprogramm finanziert der Verein seine „Helfershilfe“, regelmäßige Treffen mit Supervision. Professionelle Unterstützung für die Ehrenamtlichen sei derzeit besonders wichtig, so Jochem Hamacher. Grund seien unter anderem die Bescheide aus dem Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge (BAMF). Immer mehr Menschen aus Syrien bekommen nur noch eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, mit der sie ihre Familie nicht nachholen können. Und Menschen aus Afghanistan erhalten nach seiner Erfahrung durchgehend Ablehnungen: „Das ist auch für die Ehrenamtlichen eine große Belastung. Wenn man sich in Gudensberg umhört, finden eigentlich nahezu alle diese Abschiebepolitik unverständlich.“

Auch den Husseinis droht die Abschiebung. „Mohammed Reza hat erst gestrahlt, als endlich der Brief vom BAMF ankam“, erinnert sich Dorothea Hamacher. Doch im gelben Umschlag waren schlechte Nachrichten für die vierköpfige Familie. Gegen die Ablehnung haben sie Klage eingereicht, mindestens ein Jahr wird es bis zur Verhandlung dauern, schätzt ihre Rechtsanwältin. Diese Zeit will Mohammed Reza nutzen, um eine Ausbildungsstelle zu finden, damit er zumindest bis zum Ende der Lehrzeit geduldet wäre. Etwas mit Autos würde er gerne lernen und auch sein Vater sucht Arbeit. LKW und Taxifahrer war er in Herat, doch er ist Analphabet und mit dem Deutschlernen tut er sich längst nicht so leicht wie sein Sohn. „Ich übe mit ihm zuhause am Computer mit einem Farsi-Deutsch-Programm“, erzählt Mohammed Reza.

Egbal Husseini hofft jetzt auf ein Praktikum, bis dahin hilft er ehrenamtlich bei der Renovierung der historischen Synagoge im Nachbarort Felsberg mit, in der zuletzt eine Pizzeria untergebracht war und die nun wieder hergerichtet wird.

Dass Geflüchtete nicht nur Empfänger ehrenamtlicher Unterstützung sind, sondern auch selbst für die Gemeinschaft aktiv, gehört in Gudensberg dazu. Zwei arbeiten in der Fahrradwerkstatt des Vereins Mach-Mit, vier im „Kaufhaus für Alle“, in dem gespendete Kleidung und Haushaltswaren sortiert und günstig verkauft werden. Gemeinsam wird in den Schrebergärten gesät und geerntet, die von der Stadt zur Verfügung gestellt wurden. Als eine von zehn Kommunen wurde

Gudensberg auch für das Modellprojekt der Hessischen Landesregierung „Flüchtlinge für bürgerschaftliches Engagement gewinnen“ ausgewählt. „Café Kaufhaus“ heißt die Idee, die der Verein Mach-Mit im Rahmen dieses Modell-Projekts verwirklichen will. Der Second-Hand-Laden, der schon jetzt von Einheimischen mit schmaler Rente, Arbeitsmigranten aus Osteuropa und Geflüchteten gleichermaßen frequentiert wird, soll so noch mehr zu einem gemütlichen Treffpunkt für den ganzen Ort werden.

Auch Mohammed Reza faltet oft im „Kaufhaus für Alle“ Hosen und T-Shirts zusammen, und bevor er los

muss, weil seine Nachhilfelehrerin schon wartet, zieht er noch einmal den Vergleich zwischen früher und jetzt, zwischen dort und hier. In Herat seien Gewalt und Terror so allgegenwärtig, dass man sich kaum trauen könne, jemandem zu helfen, selbst wenn er auf der Straße liege. In Gudensberg dagegen sei das Miteinander selbstverständlich, im Sportverein genauso wie beim Arzt- oder Behördenbesuch.

## k o n t a k t

Mach-Mit e. V.  
Tel. 05603 - 927 626 0  
E-Mail: info@machmit-gudensberg.eu  
www.machmit-gudensberg.eu

## Menschen stärken Menschen

Das Patenschaftsprogramm unterstützt Tandems zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Gemeinsame Unternehmungen, die Begleitung zu Behörden, Nachhilfe, gemeinsames Kochen sind in einer Patenschaft ebenso möglich wie praktische Unterstützung bei der Berufsfindung oder der Wohnungssuche.

Patenschaften können einen wichtigen Beitrag zu einer gelingenden Integration von Flüchtlingen leisten: Ein persönlicher Kontakt auf Augenhöhe ermöglicht es, voneinander zu lernen und längerfristige Beziehungen oder Freundschaften aufzubauen. Durch den direkten Austausch und das Entdecken von Gemeinsamkeiten und Unterschieden lernen sich beide Seiten kennen und schätzen und profitieren voneinander. Vorurteile und Ängste können im alltäglichen Miteinander abgebaut werden.

Gerade die freundschaftliche Beziehung zu Einheimischen ermöglicht Flüchtlingen das Gefühl gesellschaftlicher Akzeptanz. Das Bundesfamilienministerium fördert mit dem Bundesprogramm "Menschen stärken Menschen" die Patenschaften mit einem kleinen Geldbetrag. Davon können beispielsweise Deutschbücher gekauft oder Eintrittsgelder bezahlt werden.

Das Projekt wurde im Jahr 2016 gestartet und wird 2017 fortgeführt. Insgesamt konnte der PARITÄTISCHE Hessen 300 Patenschaften in sechs Mitgliedsorganisationen vermitteln. Außer vom Gudensberger Verein Mach-Mit wird es auch in Rödermark vom Verein Netzwerk für Flüchtlinge umgesetzt, in Frankfurt vom Bezirksverband des Deutschen Kinderschutzbundes, in Darmstadt von der BAFF-Frauen-Kooperation gGmbH, in Kassel vom Verein Piano und in Limburg von der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung (GAB).



Gefördert vom:



## k o n t a k t

Lea Rosenberg  
Referentin Flucht und Asyl  
Tel. 069 - 955 262-52  
E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org





Auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Foto: Netzwerk „BLEIB in Hessen II“

## Beratung in sieben hessischen Landkreisen

### „BLEIB in Hessen II“ begleitet Flüchtlinge auf dem Weg in den Arbeitsmarkt

Der 19-jährige Thabo aus Guinea kam schon 2012 in die BLEIB-Beratung. Erstes Ziel der Beratung war der Hauptschulabschluss, damit er eine Ausbildung als Anlagenmechaniker machen konnte. Mit Hilfe der Berater\_innen fand er einen Ausbildungsbetrieb. Thabo verlor allerdings seine Arbeitserlaubnis durch einen Umzug. Die Zuständigkeit der Ausländerbehörde wechselte, und er hätte die Ausbildung nicht starten können. Durch gute Netzwerkarbeit von BLEIB konnte er die Arbeitserlaubnis wiedererlangen und seine Ausbildung starten. Die Beraterin unterstützte Thabo auch bei der Beantragung einer Ausbildungsförderung, so dass er seinen Lebensunterhalt sichern konnte. Schließlich bewältigte er die hohen Anforderungen der Berufsschule und steht heute kurz vor der Abschlussprüfung.

Flüchtlinge sollen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt. Allerdings ist der Weg dahin langwierig. Die wenigsten Geflüchteten kennen die notwendigen Voraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür braucht es ein umfassendes Wissen, wie sie zum Beispiel an einen Sprachkurs kommen, wo sie Fragen zum Asylantrag stellen, wie sie eine Arbeitserlaubnis bekommen oder welche Möglichkeiten der Weiterbil-

dung es gibt. Und es muss geklärt werden, wo letztendlich die eigenen Fähigkeiten liegen, die für den hiesigen Arbeitsmarkt von Nutzen sind.

Das Netzwerk „BLEIB in Hessen II“ setzt sich bereits seit 2008 dafür ein, dass Flüchtlinge Schritt für Schritt den Anschluss an das Weiterbildungssystem bekommen. „Was unsere Beratungsleistung ausmacht ist, dass sie nicht endet, nachdem eine Vermittlung z.B. in Sprachkurs oder Weiterbildung stattgefunden hat. Die Menschen können sich immer wieder an uns wenden, um zu schauen, was die nächsten Schritte auf dem Weg zum Job sind“, so die Koordinatorin Dr. Nkechi Madubuko von „Bleib in Hessen II“.

BLEIB-Beratungsbüros sind in sieben hessischen Landkreisen und Städten vertreten: Marburg-Biedenkopf, Gießen, Schwalm-Eder, Main-Kinzig sowie in den Landkreisen mit den Städten Offenbach, Kassel und in der Stadt Frankfurt. Die Berater\_innen kennen die asylrechtliche Situation und arbeiten eng mit Jobcentern und Arbeitsagenturen zusammen. Sie kooperieren vor Ort mit Kammern, Initiativen, Sozialberater\_innen, Sprachkursträgern und Ehrenamtlichen.

#### Schulungen für Jobcenter

Ein Zusatzangebot des Netzwerkes sind Schulungen. BLEIB schult Agenturen für Arbeit und Jobcenter zum Thema Arbeitsmarktzugang und Fördermöglichkeiten nach SGB II und SGB III von Asylbewerber\_innen, Geduldeten und Flüchtlingen. Im letzten Jahr wurden 30 Schulungen hessenweit durch den Hessischen Flüchtlingsrat (HFR) durchgeführt. „Als Netzwerkpartner von BLEIB steht der HFR den Berater\_innen durch seine asylrechtliche Kompetenz bei allen Fragen zu Gesetzesänderungen und komplizierten Fällen unterstützend zur Seite“, so die Koordinatorin.

In den vergangenen neun Monaten konnte das Netzwerk über 1.000 Geflüchtete erreichen, die von den BLEIB-Expert\_innen beraten wurden. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind zwischen 18 und 30 Jahren alt und überwiegend aus Afghanistan und Syrien. „In diesem Jahr wollen wir noch stärker auf Unternehmen zugehen, denn hier ist die Unsicherheit groß“, erklärt Madubuko. Durch Tina Martinson, die Ansprechpartnerin für Betriebe ist, arbeitet „BLEIB in Hessen II“ eng mit der Servicestelle „Vielfalt im Betrieb“ (Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung IQ“) zusammen. Die Servicestelle unterstützt und begleitet kleine und mittelständische Betriebe bei Fragen zur Beschäftigung von Flüchtlingen und Migrant\_innen, schult und berät zur interkulturellen Organisationsentwicklung. „BLEIB in Hessen II“ unterstützt Flüchtlinge, Bleibeberechtigte und Geduldete zwischen 16 und 65 Jahren. Das Beratungsnetzwerk wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds.

Kerstin Warnecke

#### kontakt

Koordinatorin  
Dr. Nkechi Madubuko  
Tel. 0152 - 546 496 53  
E-Mail: madubuko@mittelhessischer-  
bildungsverband.de  
www.bleibin.de

# Die ganze Familie in den Blick nehmen

Seit fast 25 Jahren leistet der Verein FATRA in Frankfurt psychosoziale und psychotherapeutische Beratung und Unterstützung für geflüchtete Menschen und Folteropfer. Dr. Barbara Wolff, die Vorstandsvorsitzende des Vereins, berichtet im Interview.

Es wird derzeit viel über die berufliche Integration von Geflüchteten diskutiert und es gibt zahlreiche Programme, die ihnen einen Einstieg in den Job ermöglichen sollen. Aber ist Arbeit wirklich das Wichtigste für Menschen, die im Heimatland und auf der Flucht meist sehr belastende Dinge erlebt haben?

Dr. Barbara Wolff: Arbeit ist ein sehr wichtiger Faktor bei der Stabilisierung und ein wesentlicher Schritt zur Inklusion in gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit lenkt ab, schafft Kontakt zu Kollegen und ermöglicht Freundschaften. Es ist nicht so, dass traumatisierte Menschen erst eine Therapie abschließen müssen, um ihr Leben wieder anfangen zu können. Aber die psychosoziale Unterstützung und die Integration in Arbeit sollten Hand in Hand gehen, denn viele haben den Kopf nicht frei und leiden unter Konzentrationsstörungen als Folge der psychischen Traumatisierung. Oder sie sorgen sich um Angehörige, die sie in Krisengebieten zurücklassen mussten. Und so gut wie alle haben chronische Schlafstörungen.

Geflüchtete müssen oft sehr lange auf eine Entscheidung in ihrem Asylverfahren warten, und gerade Menschen aus Afghanistan haben aktuell große Angst, abgeschoben zu werden. Wie wirkt sich das auf ihre Psyche aus?

In einer solchen Warteschleife festzustecken, ist eine sehr große Belastung. Wenn die Duldung über Jahre hinweg immer nur dreimonatsweise verlängert wird, kommen die Betroffenen nie richtig zur Ruhe. Sie können ihr Leben nicht planen und haben keine Basis für Hoffnung. Erst wenn sie die Sicherheit haben, dass sie hier bleiben können, können sie wieder Boden unter die Füße bekommen und möglicherweise ihre traumatischen Erfahrungen therapeutisch bearbeiten. Aus der Traumaforschung wissen wir, wie wichtig sichere und positive Lebensumstände bei der Bewältigung traumatischer Erlebnisse sind. Viele Afghaninnen und Afghanen haben Furchtbares erlebt. Wenn sie im Ungewissen sind und als so genannte „Flüchtlinge ohne gute Bleibeperspektive“ von vielen Integri-

ansangeboten ausgeschlossen bleiben, ist dies für sie sehr bitter und schwierig.

Wie unterstützt Fatra Geflüchtete konkret?

Wir leisten vor allem „Erste Hilfe“, bieten Krisenintervention, Unterstützung zur Stabilisierung, Begleitung bei den Anforderungen, die sich hier in der neuen Kultur und durch die Belastungen des Asylverfahrens ergeben, an. Viele Betroffene können ihre Reaktionen auf traumatische Erfahrungen nicht einordnen und haben Angst, verrückt zu sein. In vielen Herkunftsländern wird Therapie mit Psychiatrie gleichgesetzt und ist hochgradig tabuisiert. Manche fürchten auch, sie müssten in der Beratung ihre Geschichte noch einmal so erzählen wie in der Anhörung im Asylverfahren. Die Anhörung ist eine ungeheure Prüfungssituation und hochgradig anstrengend. In der Therapie dagegen nähert man sich den traumatischen Erlebnissen behutsam an, bis die Betroffenen langsam spüren, dass darüber reden hilft. Bei FATRA verzeichnen wir seit dem letzten Jahr einen starken Anstieg der Anfragen. Sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche müssen wir leider Wartelisten führen. Viele Betroffene können wir auch in unser Netzwerk vermitteln, zu dem niedergelassene Psychotherapeuten gehören sowie das Sigmund-Freud-Institut, das Frankfurter Psychoanalytische Institut und das Anna-Freud-Institut. Für eine adäquate Betreuung brauchen wir mehr spezialisierte Zentren wie FATRA, aber auch der Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung muss gestärkt werden, um Flüchtlinge besser versorgen zu können.

Sie haben im vorigen Jahr auch ein familientherapeutisches Angebot für Geflüchtete gestartet. Warum ist das nötig?

Kinder sind von Verfolgung, Unsicherheit und Krieg auf doppelte Weise betroffen. Einerseits haben sie oft selbst Gewalt oder sogar die Tötung von Angehörigen erlebt, andererseits wirkt sich auch das psychische Leid der Eltern auf sie aus. Es ist daher sehr wichtig, die ganze Familie in den Blick zu nehmen.



Dr. Barbara Wolff, Vorstandsvorsitzende von FATRA. Foto: FATRA

Weil es wesentlich für Kinder ist, dass sie wieder Sicherheit erfahren, muss man die Eltern stärken. Bei unserem Gruppenangebot für Mütter mit Kindern in Flüchtlingsunterkünften, integrieren wir auch kunsttherapeutische Angebote, um eine kindgerechte Art anzubieten, Ängste auszudrücken. Als nächstes wollen wir ein Angebot für geflüchtete Kinder an Schulen initiieren. Kinder sind oft auch außerordentlich belastet, weil sie schneller als ihre Eltern Deutsch lernen und sich in der neuen Umgebung oft besser zurechtfinden. Dadurch kommen sie in die schwierige Rolle, übersetzen und ihren Eltern die Welt erklären zu müssen, haben Verantwortung, die sie überfordert.

Interview: Barbara Helfrich

## kontakt

FATRA e. V.  
Tel. 069 - 499 174  
E-Mail: [info@fatra-ev.de](mailto:info@fatra-ev.de)  
[www.fatra-ev.de](http://www.fatra-ev.de)

# Über Stolpersteine beim Übersetzen

Die Arbeit der übersetzenden Person wertzuschätzen und sie nicht nur zu konsumieren – das ist für Bettina Stein zentral, wenn sie bei der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen mit Sprachmittler\_innen zusammenarbeitet. Die Sozialpädagogin ist Fachberaterin für Psychotraumatologie beim Verein FATRA e.V. und referierte jetzt in der Fachgruppe Frauen und Mädchen des PARITÄTISCHEN Hessen über die Rolle von Dolmetscher\_innen in der Beratung.

Für die Zuhörerinnen, die überwiegend in Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen arbeiten, ist dies ein zunehmend wichtiges Thema: Fast alle haben bereits mit Übersetzer\_innen gearbeitet, und je mehr geflüchtete Menschen in den Hilfesystemen ankommen, desto häufiger wird dies in allen Bereichen sozialer Arbeit nötig und hilfreich sein. FATRA bietet deshalb in Kooperation mit dem Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt Fortbildungen für Dolmetscher\_innen an. Der zweitägige Kurs richtet sich an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich in der Sprach- und Kulturvermittlung



Zeichnung eines Kindes aus Afghanistan.

Foto: UNHCR/  
Giles Duley

im beraterischen und therapeutischen Prozess weiterbilden möchten. Es werden sowohl theoretische Grundlagen vermittelt als auch praktische Fälle anhand von Übungen und Rollenspielen analysiert. Überwiegend arbeitet FATRA mit nebenberuflichen Laiendolmetscher\_innen und vereidigten hauptamtlichen Dolmetscher\_innen, seltener mit staatlich geprüften Dolmetscher\_innen.

Vor dem ersten Einsatz sollten sich Berater\_innen Zeit nehmen, um die Dolmetscherin oder den Dolmetscher kennenzulernen. In diesem Gespräch solle auch angesprochen werden, ob es eigene traumatische Fluchterfahrungen gibt, die möglicherweise eine Zusammenarbeit erschweren könnten. Klargestellt werden müsse zudem die Rollenverteilung zwischen Berater\_in oder Therapeut\_in und Sprachmittler\_in. Dass er oder sie selbst nicht beraten muss, diene der Entlastung und der Abgrenzung. Auch nach der Beratung sollte Zeit eingeplant werden zum Austausch mit der dolmetschenden Person, auch um diese zu entlasten, rät Bettina Stein: „Zudem sind Sprachmittler sind oft auch Kulturmittler und können wichtige Hinweise geben.“

Stolpersteine beim Übersetzen sind nach ihrer Erfahrung, dass Übersetzende nicht wortgetreu sind, sondern interpretieren oder beschönigen. Zudem seien Klient\_innen manchmal misstrauisch, da sie Angst haben, dass Dolmetschende das Gesagte nicht vertraulich behandeln könnten. „Optimal ist es, wenn man in der Beratung den Übersetzer komplett ausblenden kann“, so Bettina Stein.

## FATRA e.V.

Der Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil (FATRA e. V.) war zunächst Träger eines aufsuchenden sozialpsychiatrischen Projekts für Flüchtlinge aus dem Krieg in Bosnien und Herzegowina in einer hessischen Flüchtlingsunterkunft. Aus diesem Projekt entwickelte sich 1997 eine Behandlungseinrichtung für traumatisierte Flüchtlinge in Frankfurt am Main.

Inzwischen bietet FATRA Flüchtlingen und Folteropfern aus allen Herkunftsländern psychosoziale und psychotherapeutische Beratung und Unterstützung an, sowohl für Erwachsene

als auch für Kinder und Jugendliche sowie mit einem speziellen Angebot für unbegleitete Minderjährige. Längerfristige Psychotherapien sind im Rahmen eines dezentralen Behandlungsnetzwerkes möglich, das 2003 initiiert wurde.

Die Angebote sind für Flüchtlinge und ihre Familien kostenlos, finanziert wird die Arbeit mit Hilfe von ehrenamtlichen Initiativen, privaten Spenden, aus Zuschüssen einiger Stiftungen und Hilfswerke, dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt sowie dem Bundesfamilienministerium (BMFSFJ).

bhe



# Flucht und Asyl sind ein Querschnittsthema



Die Familie Khawan aus dem syrischen Aleppo hat im hessischen Wächtersbach Zuflucht gefunden. Foto: UNHCR/Gordon Welters

Nach der Schließung der Balkanroute ist im Jahr 2016 ist die Zahl der Geflüchteten, die nach Hessen kamen, deutlich gesunken, auf ungefähr 20.500. Im Jahr 2015 waren es noch etwa 75.000 Menschen gewesen. Der PARITÄTISCHE Hessen hat Anfang 2016 das dreijährige Projekt „Flucht und Asyl“ mit Lea Rosenberg als Referentin gestartet, um seine in der Flüchtlingshilfe aktiven Mitgliedsorganisationen intensiver unterstützen und begleiten zu können. Viele von ihnen engagieren sich bereits für Flüchtlinge, sei es durch den Betrieb von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, in der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, in der Ehrenamtskoordination oder der psychosozialen Betreuung und Beratung. Flucht und Asyl sind jedoch ein Querschnittsthema, das alle Bereiche sozialer Arbeit betrifft, denn nach und nach kommen geflüchtete Menschen in allen sozialen Einrichtungen und Diensten an, in Kindertagesstätten, Frauen- und Schwangerenberatungsstellen und Angeboten zur sprachlichen und beruflichen Bildung ebenso wie in der Behindertenhilfe oder in der Suchtberatung. Dies zeigte sich auch in den insgesamt 15 Schulungs- und Förderinformationsveranstaltungen, die über das Projekt „Flucht

und Asyl“ in ganz Hessen angeboten werden konnten und stark nachgefragt waren: Hier waren Mitarbeitende aus nahezu allen Bereichen sozialer Arbeit vertreten.

Auch in den nächsten beiden Jahren wird das Thema Flüchtlingshilfe im Bund und in Hessen von vielen Fragen und Herausforderungen geprägt sein, auf die der PARITÄTISCHE Hessen im Rahmen des Projekts weiterhin flexibel für seine Mitglieder und mit ihnen gemeinsam eingehen wird.

## Landesaktionsplan mit Lücken

Die schwarz-grüne Landesregierung hat auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen im November 2015 mit einem ersten „Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ reagiert, der inzwischen in einem zweiten Aktionsplan fortgeschrieben wurde. 2016 hat das Land für seine Umsetzung 1,3 Milliarden Euro bereitgestellt, für das laufende Jahr ist der Aktionsplan mit 1,6 Milliarden Euro ausgestattet.

Der PARITÄTISCHE Hessen begrüßt das von der Landesregierung im Aktionsplan formulierte Ziel, Flüchtlings-, Integrations- und Sozialpolitik künftig stärker zu verzahnen und so alle Men-

schen in den Blick zu nehmen, die einen Unterstützungsbedarf haben. Dies verbietet aus verbandlicher Perspektive allerdings eine Aufteilung von Menschen nach ihrem asyl- und aufenthaltsrechtlichen Status oder in solche mit sogenannter guter oder schlechter Bleibeperspektive. In den anstehenden politischen Gesprächen wird der PARITÄTISCHE Hessen auf weitere Schwachstellen und Lücken im Aktionsplan hinweisen und daraus konkrete Forderungen ableiten.

## Standards für die Unterbringung

Bis heute gibt es noch keinen verbindlichen, landesweit geltenden Katalog von Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften in Hessen. Und das, obwohl die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen bereits Ende 1992 Mindestanforderungen für die Versorgung in den Kommunen formuliert hat, die überall in Hessen als verbindliche Standards gelten sollten. „Bei der Flüchtlingsunterbringung gibt es innerhalb Hessens sehr große Qualitätsunterschiede“, bemängelt Lea Rosenberg. Während beispielsweise in Darmstadt für circa 80 Flüchtlinge eine Personalstelle in Gemeinschaftsunterkünften für die soziale Beratung und Betreuung finanziert wird, muss sich im Wetteraukreis eine Fachkraft um fast 150 geflüchtete Menschen kümmern. Es ist kaum nachvollziehbar, dass die integrationsbezogene, sozialpädagogische Beratung in Hessen von den hessischen Gebietskörperschaften so unterschiedlich ausgestattet und gefördert wird. Das Land sollte Standards für Gemeinschaftsunterkünfte im Landesaufnahmegesetz normieren und damit die hessischen Gebietskörperschaften verpflichten, diese als Minimalkonsens einzuhalten, wie es jüngst Brandenburg im April 2016 getan hat. Denn immerhin erhalten die Kommunen entsprechende Pauschalen für die Finanzierung der kommunalen Unterbringungen, Versorgung und Be-

treuung von Flüchtlingen vom Land. Verbindliche Standards für eine menschenwürdige und rechtskonforme Unterbringung, Versorgung und Betreuung Asylsuchender fordert die Liga auch für die Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen (HEAE). Sie hat im September 2016 ein 15-seitiges Forderungspapier veröffentlicht, das besonders auch die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen, alleinreisenden Frauen, Schwangeren, LSBTTIQ sowie Personen mit Beeinträchtigungen in den Blick nimmt.

#### Psychosoziale und asylrechtliche Beratung

Viele geflüchtete Menschen benötigen aufgrund der Ereignisse in ihrem Herkunftsland und einer beschwerlichen Flucht psychosoziale Beratung. Diese muss schon in der Erstaufnahme beginnen. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert zudem den Ausbau der psychosozialen Beratungsstrukturen ein, die das Land bereits in seinem ersten Aktionsplan angekündigt, bislang aber noch nicht umgesetzt hat. „Wir vermissen auch nach wie vor die Förderung einer unabhängigen, professionellen Asylverfahrensberatung. Es ist unverzichtbar, dass Betroffene im rechtlich sehr komplizierten Asylverfahren kompetent begleitet werden“, betont Maria-Theresia Schalk, Referentin für Migration beim PARITÄTISCHEM Hessen. „Im Gegensatz zu anderen Bundesländern investiert Hessen in diesem sehr wichtigen Bereich keinen Cent.“

#### Arbeitsmarktintegration

Erst Deutsch lernen, dann in den Berufsstart – dieses Schema hat sich aus Sicht der Liga in der Praxis nicht bewährt. Sprachkurse sollten aus ihrer Sicht nicht schematisch allem voran gestellt werden, sondern flankierend und mit einem hohen berufspraktischen Anteil angeboten werden. Zudem müssen Schul- und Berufsabschlüsse in einfacher Sprache möglich werden. Die Liga fordert zudem, Geflüchtete in die Regelangebote zur Arbeitsmarktintegration zu integrieren, anstatt Sondersysteme für sie zu schaffen. „Zielgruppenübergreifende Konkurrenz ist unbedingt zu vermeiden“, fordert

Annette Wippermann, Referentin für Arbeitsmarktpolitik beim PARITÄTISCHEM Hessen. Das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) hält die Liga für wenig geeignet, um Geflüchtete zielgerichtet an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Sie schlägt vor, in Hessen verstärkt Produktionsschulen als Orte praxisorientierten Lernens aufzubauen.

#### Ehrenamtliche entlasten, Hass bekämpfen

„Das Land Hessen tut einiges für die Integration“, fasst Lea Rosenberg zusammen. „Aber ein Großteil der Arbeit lastet auf den Ehrenamtlichen. Ihr Einsatz ist wichtig, aber derzeit wird ihnen zu viel zugemutet.“ Der PARITÄTISCHE Hessen fordert daher ein flächendeckendes hauptamtliches Bera-

tungsangebot und eine auskömmlich finanzierte, professionelle Ehrenamtskoordination. Ein weiteres Anliegen ist dem Verband die verstärkte Sanktionierung und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Salafismus. „Ein Bleiberecht für Oper rechter Gewalt, wie es Brandenburg und Berlin eingeführt haben, wäre ein wichtiges Signal auch in Hessen“, so Maria-Theresia Schalk.



Gefördert durch die

**GlücksSpirale**

#### k o n t a k t

Lea Rosenberg  
Tel. 069 - 955 262-52  
E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

## beramí unterstützt

Der Verein beramí berufliche Integration e.V. mit Sitz in Frankfurt unterstützt seit mehr als 25 Jahren Zugewanderte und hat aktuell drei Angebote, die sich an Geflüchtete richten.

- Im Netzwerk BLEIB II informiert und berät Nicole Möhrmann bei der Suche nach Sprachkursen, Qualifizierungsangeboten, Praktika, Ausbildungsplätzen und festen Beschäftigungsverhältnissen. Sie ist überzeugt: „Gute Deutschkenntnisse und ein Praktikum in einem Unternehmen, bei dem Berufserfahrung und Kompetenzen unter Beweis gestellt werden können, sind gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung.“
- ComIn bietet, neben der individuellen beruflichen Beratung, Informationsveranstaltungen zu rechtlichen Fragen zu Asyl und Bleiberecht sowie über das deutsche Bildungssystem und den deutschen Arbeitsmarkt an. Dabei wird auch ein Überblick über weitere Unterstützungsangebote gegeben. Die Veranstaltungen werden in Persisch, Arabisch und Tigrinya übersetzt. Be-

raterin Salwa Yousef: „Durch Informationen und Beratung bekommen Geflüchtete eine Basis, auf der sie selbstbestimmt ihren Weg gestalten können. Einige entscheiden sich dann z. B. für eine Ausbildung und erhöhen damit nachhaltig ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

- Mit „Der Laden“ ist durch Förderung und in Kooperation mit der IG-Metall ein Ort geschaffen worden, an dem Geflüchtete – nach Terminvereinbarung – beruflich beraten werden. In Einzelfällen kann dies auch über den Kontext der beruflichen Orientierung hinausgehen.
- Mit dem neuesten Angebot, dem „House of Resources Rhein-Main“, wechselt beramí quasi die Seiten: Initiativen, Vereine und Migrant\_innenorganisationen können Unterstützung z. B. durch Schulungen bekommen und Geld für die Umsetzung von Mikroprojekten beantragen.

Weitere Infos unter [www.hores-rhein-main.de](http://www.hores-rhein-main.de) und [www.berami.de](http://www.berami.de)

# Abschiebung nach Afghanistan stoppen

Der PARITÄTISCHE Hessen appelliert an die Landesregierung



Protest gegen die zweite Sammelabschiebung nach Afghanistan am Frankfurter Flughafen.

Foto: Barbara Helfrich

Afghanistan bekommt ein milliarden-schweres Hilfspaket und nimmt als Gegenleistung Staatsbürger\_innen zurück, die nach Europa geflüchtet sind – auf Grundlage dieses Abkommens startete Deutschland Ende vorigen Jahres seine äußerst umstrittenen Sammelabschiebungen in das Bürgerkriegsland.

Mit an Bord der ersten Maschine von Frankfurt nach Kabul waren am 14. Dezember 2016 auch vier abgelehnte Asylbewerber aus Hessen. Von der zweiten Sammelabschiebung am 23. Januar 2017 waren keine Afghan\_innen aus Hessen betroffen, bei der dritten, die am 22. Februar 2017 von München aus startete, wurden erneut vier Männer aus Hessen nach Kabul geflogen. Nach Angaben der schwarz-grünen Landesregierung waren diese vier Straftäter, über die Schwere ihrer Vergehen wurde jedoch zunächst nichts bekannt.

Der PARITÄTISCHE Hessen hatte bereits nach der ersten Sammelabschiebung in einem Offenen Brief an die schwarz-grüne Landesregierung appelliert, alle Abschiebungen nach Afgha-

nistan sofort und ausnahmslos auszu-setzen. „Afghanistan ist kein sicheres Land. Die hessische Landesregierung sollte sich dieser unmenschlichen Praxis verweigern und Geflüchteten aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive bieten“, betonte Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARI-TÄTISCHEN Hessen.

Nach Einschätzung des Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat sich die Lage in Afghanistan seit April 2016 „rapide verschlechtert“, demnach ist „das gesamte Staatsgebiet Afghanistan von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ betroffen. Die Unterstütsungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) beziffert die Zahl der zivilen Opfer für das vergangene Jahr auf 11.418, davon 3.498 Tote und 7.920 Verwundete.

Am Tag nach der zweiten Sammelabschiebung am 23. Januar 2017 forderte auch die Liga der freien Wohlfahrtspflege die Landesregierung auf, die Abschiebungen zu stoppen. In einer Pressemitteilung begrüßten die Hessischen

Wohlfahrtsverbände ausdrücklich die Initiative von Schleswig-Holstein für einen dreimonatigen Abschiebestopp, wie ihn Bundesländer ohne Zustimmung des Bundes verhängen können. „Hessen sollte sich diesem Vorstoß anschließen“, so der Liga-Vorsitzende Thomas Domnick: „Die Landesregierung darf der Fehleinschätzung des Bundesinnenministeriums zur Sicherheitslage in Afghanistan nicht blind folgen.“

Die Koalitionsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag betonten Anfang Februar in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass die Landesverwaltung mit Blick auf Abschiebungen nach Afghanistan „die bundesgesetzlich vorgegeben engen Ermessensspielräume des geltenden Ausländerrechts“ ausschöpfe: „Menschen, die aus politischen und humanitären Gründen nach Hessen kommen, erhalten unseren Schutz. Andererseits müssen diejenigen, die nach Prüfung ihres Asylantrags kein Bleiberecht haben, Deutschland auch wieder verlassen.“ Das Land müsse die Ausreisepflicht umsetzen und habe „nur geringe Ermessensspielräume“.

Die hessischen Behörden prüfen laut der Pressemitteilung „in jedem Einzelfall, ob Abschiebungshindernisse vorliegen“. Weiter heißt es: „Sollte trotz aller beschriebenen Prüfungen weiterhin Ausreisepflicht bestehen, werden vorrangig Straftäter nach Afghanistan abgeschoben. Die Regierungspräsidien als Zentrale Ausländerbehörden sowie als Aufsicht über die kommunalen Ausländerbehörden wurden diesbezüglich explizit angeschrieben.“ Einen vorübergehenden Abschiebestopp, wie ihn neben den Wohlfahrtsverbänden auch Pro Asyl und der Hessische Flüchtlingsrat dringend fordern, hatte die Landesregierung bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe trotz aller Appelle nicht verhängt.

bhe